Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei anbiete, ist einfach. Wir fordern eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass als demokratischer Staat neu definiert werden muss, so dass die Völker, Kulturen und bürgerlichen Rechte geachtet werden. Auf Grundlage dieser Rechte muss den Kurden eine demokratische Organisierung möglich sein, die den Raum für kulturelle, sprachliche, wirtschaftliche und ökologische Entfaltung bietet. Auf dieser Basis bilden Kurden, Türken und andere Kulturen gemeinsam die ›Demokratische Nation Türkei‹. Dies ist jedoch nur möglich, wenn ihr ein demokratischer Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und eine fortschrittliche, multikulturelle Rechtsordnung zugrunde liegt. Unsere Idee einer demokratischen Nation ist keine Frage von Flaggen und Grenzen. Unsere Idee einer demokratischen Nation beinhaltet das Modell einer Nation, die auf der Demokratie aufbaut, statt einer Nation, die sich über den Staat definiert. Gemeint ist damit ein Nationenmodell,

Krieg und Frieden in Kurdistan

Abdullah Öcalan

Deutsch





Diese Broschüre ist online: http://ocalanbooks.com/#/book/krieg-und-frieden-in-kurdistan

Abdullah Öcalan:
Krieg und Frieden in Kurdistan –
Perspektiven für eine politische Lösung der kurdischen Frage

ISBN 978-3-941012-66-0

Übersetzung: Internationale Initiative

Erscheint in der
International Initiative Edition
www.ocalanbooks.com

in Zusammenarbeit mit
Mezopotamien-Verlag, Neuss
www.pirtuk.eu

Herausgeberin:
Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 100511, 50445 Köln
www.freeocalan.org

1. Auflage 2008
7. vollständig überarbeitete Auflage 2018

Krieg und Frieden in Kurdistan

Perspektiven für eine politische Lösung

der kurdischen Frage

Abdullah Öcalan

Inhalt

1. Einleitung

Zahlreiche Konflikte beherrschen den Alltag im Mittleren Osten. Oftmals werden diese in der westlichen Welt mit Befremden aufgenommen, da sie sich augenscheinlich dem klassischen westlichen Verständnis von Ratio und Logos entziehen. So auch die kurdische Frage. Sie gehört zu den komplexesten und blutigsten Konfliktfeldern des Mittleren Ostens. Immer noch harrt sie ihrer Lösung. Solange nicht alle Dimensionen dieses Konfliktes gleichermaßen thematisiert werden, wird er auch in Zukunft weiter bestehen bzw. sich noch weiter verschärfen, was wiederum zu neuen weitreichenden Problemen führt. Die historische, wirtschaftliche und politische Dimension der kurdischen Frage übersteigt bei Weitem die des arabisch-israelischen Konflikts, der im Gegensatz zur kurdischen Frage im Fokus internationaler Aufmerksamkeit steht. Das begrenzte Wissen über diesen Konflikt, der sich sowohl in demografischer als auch geostrategischer Hinsicht in einer der zentralsten Regionen des Mittleren Ostens abspielt, führt oftmals zu einseitigen und oberflächlichen Analysen dieses vielschichtigen Problems.

Da sich das Siedlungsgebiet der Kurden auf die heutigen Territorien der Araber, Perser und Türken erstreckt, hat die kurdische Frage schon aufgrund dieses Umstandes einen regionsübergreifenden Charakter. Eine Lösung in einem Teil Kurdistans hat Auswirkungen auch auf andere Teile Kurdistans und benachbarte Länder. Umgekehrt kann sich die destruktive Haltung von

Akteuren in einem Land negativ auf eine potenzielle Lösung der kurdischen Frage in einem der anderen Länder auswirken. So ist die schroffe Landschaft Kurdistans wie geschaffen für den bewaffneten Kampf, mit dem sich die Kurden seit jeher gegen die Kolonisations- und Unterwerfungsbestrebungen fremder Mächte wehren. Widerstand ist zu einem Bestandteil ihrer Lebenskultur geworden.

Am Anfang eines jeden Lösungsprozesses steht die Anerkennung und Definition der Ursachen eines Konfliktes. Im Hinblick auf die kurdische Frage kommt einer realistischen Definition des kurdischen Phänomens deshalb eine wichtige Bedeutung zu. Doch schon hier besteht weitgehend Uneinigkeit. Die Araber bezeichnen die Kurden als »Araber aus dem Jemen«, die Türken hingegen als »Bergtürken« und die Perser sehen die Kurden sogar als ihr »Ebenbild«. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass ihre politische Haltung in der kurdischen Frage durch solche Definitionen bestimmt ist.

Die kurdische Frage ist nicht von allein entstanden. Sie ist das Produkt eines langen historischen Prozesses. Sie hat nicht viel mit vergleichbaren Fragen in anderen Erdteilen gemein, sondern unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Eigenheiten grundlegend. Notwendig für eine Lösung sind sowohl die Feststellung von Gemeinsamkeiten als auch die Definition der Unterschiede. Eine Politik, die allein auf augenscheinliche Gemeinsamkeiten aufbaut, führt zu schier unlösbaren Problemen. Für eine lösungsorientierte Politik ist jedoch die realistische Analyse des Phänomens eine grundlegende Voraussetzung, die sowohl die nationalen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe als auch alle am Konflikt beteiligten Seiten gleichermaßen einbeziehen muss. Die Anerkennung der Existenz des kurdischen Phänomens ist hierfür unabdingbar. Ohne die Kenntnis seiner geschichtlichen Hintergründe ist diese Anerkennung jedoch nicht möglich.

2. Etymologie der Begriffe Kurde und Kurdistan

Der Begriff ›Kurdistan‹ geht auf das sumerische Wort *kur* zurück, das vor mehr als 5000 Jahren soviel wie *Berg* bedeutete. Die Endung *-ti* kennzeichnete die Zugehörigkeit. Das Wort *kurti* bedeutete soviel wie *Bergvolk* oder *Bergmenschen*. Die Luwier, ein vor 3000 Jahren im Westen Anatoliens beheimatetes Volk, bezeichneten Kurdistan als *gondwana*, was in ihrer Sprache ›Land der Dörfer‹ bedeutete. *Gond* ist im Kurdischen auch heute noch der geläufige Begriff für Dorf. In Zeiten assyrischer Herrschaft wurden die Kurden als *nairi* bezeichnet, was soviel wie ›Volk am Fluss‹ bedeutete.

Im Mittelalter, unter der Herrschaft der arabischen Sultanate, wurden die kurdischen Gebiete als *balad akrad,* also ›Land der Kurden‹ bezeichnet. Die Persisch sprechenden Sultane der Seldschuken waren die ersten staatlichen Herrscher, die das Wort *Kurdistan*, das ebenfalls ›Land der Kurden‹ bedeutet, im damaligen offiziellen Sprachgebrauch benutzten. Auch die osmanischen Sultane bezeichneten das Siedlungsgebiet der Kurden als Kurdistan. Bis in die 1920er Jahre war dieser Begriff allgemein gebräuchlich. Nach 1925 wurde die Existenz der Kurden vor allem in der Türkei verleugnet.

3. Kurdisches Siedlungsgebiet und kurdische Sprache

Dennoch ist ihre Existenz eine Realität. Kurdistan ist ein 450 000 km² umfassendes geografisches Gebiet, das von den Siedlungsgebieten der Perser, Aserbaidschaner, Araber und anatolischen Türken umgeben ist. Das Gebiet ist eine der gebirgigsten, wald- und wasserreichsten Regionen des Mittleren Ostens und wird von zahlreichen fruchtbaren Ebenen durchzogen. Seit Jahrtausenden werden dort Ackerbau und Viehzucht betrieben. Die neolithische Revolution, die durch Sesshaftigkeit, Ackerbau und Viehzucht um 11 000 v. Chr. eingeleitet wurde, nahm in diesem Gebiet ihren Anfang. Daher wird die Region auch als Wiege der Zivilisation bezeichnet. Dieser geografischen Lage verdanken es die Kurden, dass sie bisher als Ethnie ihre Existenz schützen konnten. Anderseits weckte die exponierte Lage des kurdischen Siedlungsgebietes oftmals Begehrlichkeiten äußerer Mächte, die das Land mit Eroberungen und Raubzügen überzogen. Die kurdische Kultur und Sprache spiegeln den Einfluss der neolithischen Revolution wider, deren Ausgangspunkt in der Region des Zagros- und Taurusgebirges verortet wird. Die kurdische Sprache gehört der indogermanischen Sprachgruppe an.

4. Kurzer Abriss der kurdischen Geschichte

Mit hoher Wahrscheinlichkeit entwickelten sich Kultur und Sprache der ethnischen Gruppe der Kurden seit der vierten Eiszeit (20 000 bis 15 000 v. Chr.). Sie sind eine der ältesten autochthonen Bevölkerungsgruppen in der Region. Seit ungefähr 6000 v. Chr. lässt sie sich von anderen Kulturen unterscheiden. In der Geschichtsschreibung wird die ethnische Gruppe der Kurden erstmals im Zusammenhang mit den Hurritern (3000 bis 2000 v. Chr.) erwähnt. So wird angenommen, dass die Vorfahren der Kurden, die Hurriter (2500 bis 1500 v. Chr.), die von den Hurritern abstammenden Mitanni (1500 bis 1250 v. Chr.), die Nairi (1200 bis 900 v. Chr.), die Urartäer (900 bis 600 v. Chr.) und die Meder (700 bis 550 v. Chr.) in Stammeskonföderationen und Königreichen lebten. In jener Zeit befand sich die kurdische Gesellschaft im Übergang zu hierarchischen und staatlichen Strukturen und bildete ein starkes Patriarchat aus. Weil Frauen in den neolithischen Ackerbaugesellschaften wichtigere Funktionen übernahmen, besitzen sie auch in der kurdischen Gesellschaft eine starke Stellung. Sehr wahrscheinlich war die agrarische Revolution die Grundlage dieser Stärke, die sie über einen langen Zeitraum nutzten.

Der Zoroastrismus veränderte in der Zeit von 700 bis 550 v. Chr. das kurdische Denken nachhaltig. Der Zoroastrismus kultivierte eine Lebensanschauung, die von der Feldarbeit geprägt war, in der Frauen und Männer gleichgestellt waren, Tierliebe einen herausragenden Stellenwert hatte und Freiheit

ein hohes moralisches Gut darstellte. Die zoroastrische Kultur beeinflusste die östliche und westliche Zivilisation gleichermaßen, da Perser und Hellenen viele dieser kulturellen Einflüsse übernahmen. Die persische Zivilisation wurde hingegen von den Medern begründet, die als Vorfahren der Kurden gelten. In den Schilderungen des Herodot finden sich zahlreiche Hinweise für die Machtteilung zwischen den beiden ethnischen Gruppen der Meder und Perser im persischen Reich. Gleiches gilt für das spätere Reich der Sassaniden.

Die hellenistische Ära des klassischen Altertums hinterließ tiefe Spuren in der östlichen Hemisphäre. Das Fürstentum Abgar in Urfa, das Fürstentum Kommagene, dessen Zentrum bei Samsat (Provinz Adıyaman) lag, und das im heutigen Syrien gelegene Königreich Palmyra standen maßgeblich unter hellenischem Einfluss. Anders ausgedrückt entstand dort die erste Synthese von orientalen und okzidentalen Kultureinflüssen. Diese besondere Form kultureller Begegnung dauerte bis zur römischen Eroberung fort (Palmyra fiel 269 n. Chr. an das Römische Reich), die sich nachhaltig auf die weitere Entwicklung der gesamten Region auswirkte.

Auch das Entstehen des Sassanidenreichs im dritten Jahrhundert n. Chr. beendete nicht den kurdischen Einfluss. Es wird angenommen, dass sich in dieser Zeit (216 bis 651 n. Chr.) die feudalen kurdischen Gesellschaftsstrukturen herausbildeten.

Das Aufkommen des Feudalismus spiegelt auch die Auseinanderentwicklung der ethnischen Strukturen wider. Innerhalb der kurdischen Gesellschaft entwickelten sich zunehmend feudal geprägte Bindungen. In dieser Entwicklungsstufe des Feudalismus fand die islamische Revolution statt. Der Islam transformierte die starren Strukturen der Sklaverei und ethnische Bande, die einer Veränderung im Wege standen, im Rahmen der Verstädterung. So sorgte er für eine kraftvolle mentale Revolution und die ideologische Struktur der feuda-

len Gesellschaft, die ein fortgeschritteneres Gesellschaftssystem darstellte.

Mit dem Niedergang des Sassanidenreichs im 7. Jahrhundert schuf der Islam auch eine kurdische feudale Aristokratie, die unter dem starken Einfluss der Arabisierung stand. Sie wurde zu einer der stärksten sozialen und politischen Gruppierungen ihrer Zeit. Das kurdische Herrscherhaus der Ayyubiten (1175 bis 1250 n. Chr.) entwickelte sich zu einer der potentesten Dynastien im Mittleren Osten, die auf die Kurden einen großen Einfluss ausübte.

Anderseits pflegten die Kurden eine enge Beziehung zum seldschukischen Sultanat, das 1055 n. Chr. die Herrschaft von den Abbasiden übernahm. Kurdischstämmige Herrscherhäuser, wie die Schaddadiden, Buyiden und Marwaniden (990 bis 1090 n. Chr.) entwickelten sich zu feudalen Kleinstaaten. Andere Fürstentümer folgten. Im Osmanischen Reich genoss die Führungsschicht der Kurden weitgehende Autonomie.

Mit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts traten auch die kurdische Geschichte und Gesellschaft in eine neue Phase ein. Im Zuge der sich verschlechternden Beziehungen zu den Osmanen kam es zu kurdischen Aufständen. Englische und französische Missionare trugen das Gedankengut des Separatismus in die armenische und assyrische Kirche, was zu einer chaotischen Situation beitrug. Es kam des Weiteren zu einer merklichen Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den Armeniern, Assyrern und Kurden. Dieser unheilvolle Prozess endete 1918 nach dem Ersten Weltkrieg mit der beinahe vollständigen physischen und kulturellen Vernichtung der Armenier und Assyrer, die Träger Jahrtausende alter Kulturen waren.

Obwohl die Beziehungen der Türken zu den Kurden ernsthaft Schaden genommen hatten, kam es nicht im gleichen Ausmaß zum vollständigen Bruch wie mit den Armeniern und

Assyrern. Dies trug dazu bei, dass die Kurden physisch weiter-existieren konnten.

5. Verteilungskämpfe, Krieg und Staatsterror in Kurdistan

Die geostrategische Lage Kurdistans weckte in der Vergangenheit Begehrlichkeiten, die das Land zum Spielball von Umverteilungskämpfen, Krieg und Staatsterror werden ließ. Das ist heute nicht anders. Dieser Zeitraum begrenzt sich nicht nur auf die vergangenen zweihundert Jahre, sondern reicht weit bis zur frühen Geschichte zurück, in der Kurdistan stets den Plünderungen und Eroberungen fremder Mächte ausgesetzt war. Das Terrorregime der assyrischen und skythischen Reiche zwischen 1000 und 1300 v. Chr. und der Eroberungsfeldzug von Alexander dem Großen sind die bekanntesten Beispiele. Der arabischen Eroberung folgte die Islamisierung Kurdistans.

So sehr das Wort ›Islam‹ auch an Frieden erinnert, handelt es sich doch im Grunde um eine kriegerische Ideologie der arabischen Nation, die in Kurdistan rasche Verbreitung fand. Der Islam gelangte bis zu den Ausläufern der Taurus- und Zagrosgebirge. Stämme, die sich der Islamisierung widersetzen, wurden ausgelöscht. 1000 n. Chr. war der Islam in Kurdistan an seinem Höhepunkt angelangt.

Im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert fielen die Mongolen in Kurdistan ein. Flucht und Vertreibung waren die Folge. Nach der Schlacht von Tschaldiran im Jahre 1514, aus der das Osmanische Reich siegreich hervorging, verschob sich die natürliche Ostgrenze des Reiches weiter gegen Osten. Mit dem Vertrag von Qasr-e Schirin im Jahre 1639 wurden die iranischen und türkischen Grenzen offiziell festgelegt und die bis heute

fortdauernde Teilung Kurdistans besiegelt. Mesopotamien und die Kurden fanden sich größtenteils innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches wieder. Bis 1800 herrschte zwischen den Osmanen und den kurdischen Fürstentümern ein relativer Frieden. Die gemeinsame Grundlage hierfür bot die gemeinsame sunnitische Glaubensrichtung des Islam. Die widerspenstigen alevitischen und zoroastrischen Kurden sahen sich jedoch zum Widerstand genötigt und zogen sich dafür in die Berge zurück.

Von 1800 an bis zum Niedergang des Osmanischen Reiches wurde Kurdistan durch zahlreiche Aufstände erschüttert, die meist blutig niedergeschlagen wurden. Nach dem Ende des Osmanischen Reiches wurde die Teilung Kurdistans ausgeweitet, was die Atmosphäre der Gewalt noch weiter verschärfte. Die aufstrebenden imperialistischen Mächte England und Frankreich zogen die Grenzen im Mittleren Osten neu, wodurch sie Kurdistan der Herrschaft der türkischen Republik, dem iranischen Pfauenthron, der irakischen Monarchie und dem syrisch-französischen Regime überantworteten.

Unter dem Eindruck des Verlustes eines Großteils ihrer früheren Territorien ging die Türkei in Kurdistan zu einer strikten Assimilationspolitik über, mit deren Hilfe der Zusammenhalt der verbliebenen Teile des ehemaligen Osmanischen Reiches erzwungen werden sollte. Alle Anzeichen einer anderen Kultur als der türkischen sollten ausgemerzt werden. Sogar der Gebrauch der kurdischen Sprache wurde verboten.

Das Vorgehen des aufstrebenden iranischen Herrscherhauses der Pahlavi unterschied sich von dem der Türkei nicht im Geringsten. Der Aufstand des kurdischen Stammesführers Simko Schikak aus Urmiye und die Emanzipationsbestrebungen der kurdischen Republik von Mahabad wurden blutig unterdrückt. Der Schah errichtete ein Terrorregime, das ganz dem nationalistisch-faschistischen Geist zu Beginn des zwanzigs-

ten Jahrhunderts entsprach. Im irakischen und syrischen Teil Kurdistans unterdrückten England und Frankreich mithilfe kollaborierender arabischer Herrscherhäuser die kurdischen Emanzipationsbestrebungen. Auch hier wurde ein blutiges Kolonialregime errichtet.

6. Der europäische Kolonialismus und das kurdische Dilemma

Angetrieben von der Gier nach Herrschaft und Profit, trug die Interventionspolitik Europas im Mittleren Osten zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts zunehmend kolonialistische Züge. Oberstes Ziel war die Unterwerfung und Kontrolle des Mittleren Ostens. Den früheren Formen der Kolonialisierung, denen die Kurden im Laufe der Geschichte ausgesetzt waren, fügte dies eine neue hinzu. Dieses Dilemma hat eine lange Geschichte, die sich bis zu den Sumerern zurückverfolgen lässt. Doch mit dem westlichen Kapitalismus nahm der Kolonialismus ungeahnte Dimensionen an. Für die Kurden bedeutete dies eine weitere Konfrontation mit weiteren kolonialistischen Akteuren, was eine Lösung der kurdischen Frage weiter verkomplizierte.

Im Hinblick auf ihre Interessen erschien es den neuen imperialen Kräften vorteilhafter, die Kooperation mit dem Sultan und der Administration des Reichs zu suchen, um diese an sich zu binden, statt das Osmanische Reich völlig zu zerschlagen, was unabsehbare Folgen mit sich gebracht hätte. Mit diesem Vorgehen sollte die Kontrolle über die Region und die rebellischen Völker erleichtert werden. Diese Methode, die auch als »Teile und Herrsche«-Politik Eingang in die Geschichtsbücher fand, wurde insbesondere vom britischen Empire angewandt. Auf diese Weise wurde die Herrschaft der Osmanen um weitere hundert Jahre verlängert. Frankreich und Deutschland verfolg-

ten ähnliche Strategien. Ihre Unstimmigkeiten berührten nicht das Kräftegleichgewicht im Mittleren Osten.

Ein weiterer Fokus imperialer Machtsicherung waren die christlichen Volksgruppen. Einerseits gab der westliche Kolonialismus vor, die anatolischen Griechen, Armenier und Assyrer schützen zu wollen, andererseits brachte er diese gegen die Zentralmacht auf, die mit einem massiven repressiven Vorgehen antwortete. Dem folgenden Vernichtungsfeldzug schauten die westlichen Mächte tatenlos zu. Letztendlich brachte diese Politik die Völker des Mittleren Osten gegeneinander auf.

In diesem Szenario waren die Kurden wieder nur Spielball fremder Interessen. In der Vergangenheit hatte die kurdische Aristokratie mit den Herrscherhäusern der Araber und Türken kollaboriert. Nun ließ sie sich für die kolonialistischen Intrigen der neuen fremden Mächte instrumentalisieren. Indem die Briten die Kurden für eine Zusammenarbeit gewannen, gelang es ihnen, die besorgten türkischen und arabischen Machthaber im Sinne ihrer Interessen an sich zu binden. Anderseits konnten auch das armenische und assyrische Volk, die ihrerseits von den kurdischen feudalen Kollaborateuren bedrängt wurden, weiter an die Kolonialmächte gebunden werden. Der türkische Sultan, der persische Schah und die arabischen Herrscher waren jedoch nicht nur Opfer dieser Politik. Sie selbst betrieben ein ähnliches Spiel, mit dem sie ihre Macht sicherten und den kolonialistischen Begehrlichkeiten der Westmächte entgegensteuerten. Die Leidtragenden waren die Völker.

7. Ideologische Grundlage kolonialer Unterdrückung und Machtpolitik in Kurdistan

Sowohl die Teilung Kurdistans als auch die Herrschaftsformen der arabischen, persischen und türkischen Regime warfen die Kurden in den jeweiligen Teilen Kurdistans gesellschaftlich zurück. Die heutige gesellschaftliche Rückständigkeit der Kurden, die weitgehend immer noch in feudalen Strukturen verharren, ist ein Produkt dieser Herrschaftsverhältnisse. Der Einzug kapitalistischer Verhältnisse, von denen die Kurden weitgehend ausgeschlossen waren, vergrößerte den Abstand zu den arabischen, türkischen und persischen Hegemonialgesellschaften weiter. Die Machtstrukturen feudaler Herrschaft vermischten sich mit bürgerlich-kapitalistischen Machtstrukturen, durch die sich die Vorherrschaft der eigenen Nation aufrechterhalten ließ. Auch wenn diese Strukturen vom Imperialismus abhängig waren, vermochten sie eine eigene nationale Ökonomie aufzubauen, die eigene Kultur weiterzuentwickeln und eine Festigung des eigenen Staatsaufbaus zu erreichen. In den Bereichen Wissenschaft und Technik wuchs eine nationale Elite heran.

Das Primat der eigenen Sprache wurde den anderen Völkern aufgezwungen, die auf dem eigenen Territorium lebten. Mittels einer nationalistischen Innen- und Außenpolitik wurde eine nationale Führungsschicht geschaffen, die sich als Hegemonialmacht im Widerspruch zu den anderen Volksgruppen begriff. Um den Widerstand der Völker zu brechen, wurde der Ausbau der Polizei- und Militärkräfte forciert.

Die Kurden hatten dem nichts entgegenzusetzen, da sie immer noch an den Auswirkungen der imperialistischen Intrigen schwer zu tragen hatten. Sie sahen sich einem aggressiven Nationalchauvinismus der Staaten gegenüber, die in Kurdistan die Macht ausübten. Die Legitimität dieser Macht wurde mit abenteuerlichen ideologischen Konstrukten begründet.

Verleugnung und Selbstverleugnung

Die Hegemonialmächte (Türkei, Iran, Irak, Syrien) sprachen den Kurden ihren ethnischen Bezug ab. Die Existenz einer kurdischen Ethnie wurde schlichtweg abgestritten. Dies reicht über bloße Kolonialisierung hinaus. In einem solchen Umfeld war es mit großen Risiken verbunden, sich auf die eigenen kurdischen Wurzeln zu beziehen. Wer dies dennoch offen tat, konnte nicht mit der Unterstützung der eigenen ethnischen Gruppe rechnen. Für viele Kurden bedeutete das Bekenntnis zur eigenen Herkunft und Kultur, aus sämtlichen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen ausgeschlossen zu werden. Dies führte dazu, dass viele Kurden ihren ethnischen Bezug leugneten oder verschwiegen, was die jeweiligen Regime systematisch förderten. Die Leugnung der kurdischen Existenz trieb viele seltsame Blüten. Die Kette der Argumente sah so aus: Kurden existieren nicht. Wenn sie existieren, ist das nicht besonders bedeutsam. Wenn es bedeutsam wird, ist es gefährlich, dies offen auszudrücken.

Die arabischen Regime leiten ihr Recht aus den islamischen Eroberungen ab. Kann es ein höheres Recht geben als die Eroberung im Namen Gottes? Dies ist die immer noch ins Feld geführte Prämisse.

Die Perser gingen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die Kurden als ethnische Untergruppe der Perser deklarierten, womit ihnen alle Rechte auf »natürliche Weise« gewährt seien. Kurden, die dennoch ihre Rechte einforderten und an ihrer

ethnischen Identität festhielten, wurden als Nestbeschmutzer begriffen und entsprechend behandelt.

Das türkische Regime leitet hingegen seinen Herrschaftsanspruch über die Kurden aus seinen vermeintlichen Eroberungsfeldzügen in Anatolien vor tausend Jahren ab. Andere Völker habe es dort nicht gegeben. Demzufolge sind die Begriffe ›Kurde‹ und ›Kurdistan‹ Unwörter, die es nach offizieller Ideologie nicht gibt bzw. nicht geben darf. Diese Begriffe seien unwichtig und gefährlich, ihr Gebrauch kann einem »terroristischen Akt« gleichkommen und wird entsprechend bestraft.

Assimilation

Oftmals setzen Hegemonialmächte das Instrument der Assimilation ein, wenn diese mit widerspenstigen ethnischen Gruppen konfrontiert sind. Sprache und Kultur sind auch immer Träger eines Widerstandspotenzials, das mittels Assimilation ausgetrocknet werden soll. Das Verbot der eigenen Muttersprache und der Zwang zum Gebrauch der Fremdsprache sind effektive Instrumente. Denn wer nicht mehr seine Sprache zu sprechen imstande ist, dem bleiben die Eigenarten der Sprache verborgen, welche von ethnischen, geografischen und kulturellen Faktoren bestimmt sind. Ohne das einende Element der Sprache geht auch das einende Moment des kollektiven Denkens verloren. Ohne diese gemeinsame Grundlage kommt es zum Verlust des kollektiven Bezugs zur eigenen Ethnie, in dessen Folge die Hegemonialsprache und Hegemonialkultur im »eroberten« sprachlichen und ethnischen Umfeld Fuß fassen können. Der erzwungene Gebrauch der offiziellen Hegemonialsprache lässt die eigene Muttersprache verkümmern, bis diese keine Rolle mehr spielt. Dieser Prozess geht noch schneller vonstatten, wenn die betreffende Sprache keine Schriftsprache ist, wie das Kurdische. Die Strategie der Assimilation

beschränkt sich nicht allein auf den Gebrauch der Sprache. Sie kommt in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Bereichen zur Anwendung, in denen der Staat seine Macht ausübt.

Kurdistan war oftmals Schauplatz von kulturellen Assimilationsbestrebungen durch fremde Hegemonialmächte. Die letzten hundert Jahre seiner Geschichte waren jedoch die zerstörerischsten. Der Aufbau moderner nationalstaatlicher Strukturen in den Hegemonialstaaten und die Errichtung eines kolonialen Herrschaftssystems in Kurdistan verschärften die Assimilationsbestrebungen gegenüber der kurdischen Sprache und Kultur.

Wie vorher schon Arabisch und Persisch wurde nun auch Türkisch unter Zwang zur Hegemonialsprache. Während sich die Kurden im frühen und späten Altertum noch ihre Kultur und Sprache bewahren konnten, wurde diese von den drei genannten offiziellen Hegemonialsprachen und Hegemonialkulturen zurückgedrängt, die sich sämtlicher modernen Kommunikationsmittel bedienen konnten. Traditionelles kurdisches Lied- und Schriftgut wurde verboten, Zuwiderhandlung mit schweren Strafen belegt. Dadurch durchlebte die kurdische Sprache und Kultur, die im Mittelalter noch viele literarische Werke hervorgebracht hatte, eine existenzbedrohende Ausdünnung. Die kurdische Kultur und Sprache wurde zum subversiven Element deklariert. Muttersprachlicher Unterricht war verboten. Die Hegemonialsprachen wurden zur jeweils einzigen Ausbildungssprache, in der die Errungenschaften der Moderne gelehrt wurden.

Die türkischen, persischen und arabischen Nationalstaaten verfolgten mit unterschiedlichen repressiven Mitteln – institutionell wie auch gesellschaftlich – eine systematische Politik der Assimilation, die der kurdischen Kultur und Sprache jede Legitimation absprach. Nur die hegemoniale Kultur und Sprache sollte übrigbleiben.

Religion und Nationalismus

Weitere Instrumente hegemonialer Machtsicherung in Kurdistan sind Religion und Nationalismus. In allen Teilen Kurdistans wird der Islam als Staatsreligion der Hegemonialmächte zur Kontrolle der Bevölkerung instrumentalisiert. Mögen sich die jeweiligen Regime noch so sehr zum Säkularismus bekennen, die Verquickung von politischen und religiösen Organen ist offensichtlich. Während im Iran ein offen theokratisches Regime an der Macht ist, wird die Instrumentalisierung der Religion für politische Interessen in den anderen Hegemonialstaaten verdeckt vollzogen. So beschäftigt die staatliche Religionsbehörde der Türkei mehr als einhunderttausend Imame. Vielleicht verfügt selbst der Iran nicht über ein derartiges Heer von religiösen Führern. Die Religionsschulen unterstehen direkter staatlicher Kontrolle. In den Koranschulen, theologischen Instituten und Fakultäten sind annähernd eine halbe Million Menschen beschäftigt. Der postulierte Säkularismus wird ad absurdum geführt und ist allenfalls eine Fassade.

Dort, wo dieses sektiererische Gedankengut auf die aktive Politik trifft, entstehen chaotische Zustände. In der Regierungszeit der Demokratischen Partei (DP) und Gerechtigkeitspartei (AP) wurde die Politisierung der Religion in offenerer Form betrieben. Im Zuge der Militärputsche vom 12. März 1971 und 12. September 1980 gab sich die Türkei ein modifiziertes ideologisches Gewand, indem sie die Rolle der Religion neu definierte. Dies leitete die Re-Islamisierung der türkischen Republik ein, die in ähnlicher Weise im Iran nach der Machtergreifung Chomeinis 1979 in radikalerer Form vonstattenging. Mit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) gelangten 2003 islamische Ideologen erstmals an die Macht. Dieser Wahlsieg war kein Zufall, sondern das Produkt einer langfristigen Religionspolitik des türkischen Staates.

Bürgerlicher Nationalismus

Ein weiteres ideologisches Instrument der Hegemonialmächte ist der bürgerliche Nationalismus. Diese vor allem im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert bestimmende ideologische Strömung wurde zur offiziellen Staatsideologie der Nationalstaaten, auf deren Grundlage die bürgerlichen Klassen gegen die kollektiven Interessen der Werktätigen und der realsozialistischen Strömungen vorgingen. Der Nationalismus war letztendlich das logische Produkt des Nationalstaates, der Züge einer zeitgenössischen Religion trug.

Der in der Türkei in den 1840er Jahren aufkommende Nationalismus versuchte, den sich abzeichnenden Zerfall des Osmanischen Reiches zu verhindern. Die türkischen Nationalisten der ersten Stunde waren anfänglich legalistisch ausgerichtet. Später wandten sie sich gegen das Sultanat Abdulhamits II. und radikalisierten sich zunehmend. Der Nationalismus der Bewegung der Jungtürken fand im ›Komitee für Einheit und Fortschritt‹ seinen Ausdruck, das auf eine konstitutionelle Staatsreform hinarbeitete und nach der politischen Macht im Reich strebte. Ein weiteres erklärtes Ziel war die Stärkung des außenpolitisch geschwächten und innenpolitisch vom Zerfall bedrohten Reiches durch systematische politische, militärische und wirtschaftliche Modernisierung. Die Öffnung der deutschen Politik hin zum Mittleren Osten und zu Zentralasien fügte dem türkischen Nationalismus noch die Komponente des Rassismus hinzu. Der Völkermord an den Armeniern, anatolischen Griechen, Assyrern und an den Kurden war die Folge.

Die junge türkische Republik führte auf der Basis eines aggressiven Nationalismus und eines strengen Verständnisses von Nationalstaatlichkeit ein eisernes Regiment. Die Parole »eine Sprache, eine Nation, ein Staat« wurde zum Glaubensgrundsatz erhoben. Diesem an sich klassenlosen und privilegienfreien

Nationalstaatsverständnis fehlte es jedoch an Instrumenten zur Umsetzung. Seine Abstraktheit trug die Gefahr des ideologischen Fanatismus in sich. Der Nationalismus verkam zu einem Instrument der Herrschenden, mit dem die eigenen Schwächen kaschiert wurden. Unter dem Banner eines »erhabenen Türkentums« wurde die gesamte Gesellschaft auf einen aggressiven Nationalismus eingeschworen.

Der Krieg in Kurdistan und das staatsterroristische Vorgehen der Türkei dabei schufen einen eigenen Machtblock. Wie auch in anderen Systemen, in denen bestimmte Machtblöcke, gestützt auf ihr militärisches Potenzial, ihre Existenzberechtigung auf den Krieg gründen, wurde die türkische Gesellschaft entsprechend geformt. Diesem Umstand ist es unter anderem geschuldet, dass dem System die Fähigkeit zur Konfliktlösung abhandengekommen ist. Es entstand ein durch Krieg und Staatsterror geformtes System, in dem nicht mehr klar ist, welche Machtzentren welchen Interessen und Zielen dienen. Dessen katastrophale Auswirkungen betreffen die türkische und kurdische Gesellschaft gleichermaßen.

8. Kurdische Selbstfindung und kurdischer Widerstand

Die Selbstfindung der Kurden als Nation und Volk erfolgte relativ spät. Auch wenn in den kurdischen Aufständen des neunzehnten Jahrhunderts ein Bekenntnis zum Kurdentum erkennbar war, ging dieses Bekenntnis nicht über die Opposition zum Sultanat und zur Herrschaft des Schahs hinaus. Es existierten keine Vorstellungen über alternative Lebensformen. Ein Bekenntnis zum Kurdentum implizierte die Errichtung eines eigenen kurdischen Königreiches, das sich am Sultanat des Mittelalters orientierte. Lange waren die Kurden von einem Selbstverständnis als Nation und Volk weit entfernt.

Erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte sich im Rahmen intellektueller Diskussionen eine Vorstellung von kurdischer Identität. Diese Strömung ging weitgehend aus der türkischen Linken hervor. Sie hatte jedoch nicht das intellektuelle Potenzial, um die vom Stammeswesen und Scheichtum geprägten Vorstellungen von kurdischer Identität zu überwinden. Sowohl die vom real existierenden Sozialismus beeinflussten kommunistischen Parteien als auch die bürgerlichen und feudalen Parteien waren von einer Definition des Begriffs einer kurdischen Nation respektive dem Begriff eines kurdischen Volkes weit entfernt. Erst die linksgerichtete Studentenbewegung in den 1970er Jahren trug maßgeblich zu einem Bewusstsein über die kurdische Identität bei.

Die Selbstfindung als kurdisches Volk entwickelte sich im Spannungsverhältnis zum türkischen chauvinistischen

Nationalverständnis einerseits und zum kurdischen Nationalismus feudaler Prägung anderseits. Auf der einen Seite stand die Konfrontation mit der ideologischen Hegemonie des Systems, die oftmals im linksgerichteten Gewand daherkam, auf der anderen Seite die Konfrontation mit der kurdischen Aristokratie, die traditionsgemäß mit dem System paktierte. Die Befreiung aus diesen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Zwängen verlief nicht ohne Komplikationen. Sie erforderte sowohl intellektuelle Debatten als auch praktische Organisierung. Diese führte wiederum geradewegs zum Widerstand.

Seit den frühen 1970er Jahren, als die kurdischen Emanzipationsbestrebungen noch in den Kinderschuhen steckten, sind mehr als fünfunddreißig Jahre vergangen. Diese Zeit brachte nicht nur die kurdische Aufklärung hinsichtlich der eigenen Identität und Ansätze einer Lösung der kurdischen Frage hervor. Darüber hinaus wurde der Beweis erbracht, dass sich die Emanzipationsbestrebungen des kurdischen Volkes nicht mit Gewalt unterdrücken lassen und dass kein System auf Dauer überleben kann, das mit Gewalt gesellschaftliche Widersprüche zu transformieren sucht. Andererseits haben diese Emanzipationsbestrebungen gezeigt, dass sich kein Volk entwickeln kann, wenn es nicht seine gesellschaftliche Würde zurückerobert.

9. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Kurzer Abriss der Entstehungsgeschichte der PKK

Im April 1973 fand sich eine sechsköpfige Gruppe mit dem Ziel zusammen, eine eigenständige kurdische politische Formation zu gründen. Sie ging davon aus, dass Kurdistan eine klassische Kolonie sei, in der es der Bevölkerung gewaltsam verwehrt ist, die eigenen Geschicke zu lenken. Dies zu ändern war ihr oberstes Ziel. Jene Zusammenkunft kann auch als Geburtsstunde einer neuen kurdischen Bewegung bezeichnet werden.

Über Jahre hinweg gewann diese Gruppierung immer neue Anhänger hinzu, mit deren Hilfe sie ihre Überzeugungen in der ländlichen Bevölkerung Kurdistans verbreitete. Immer öfter kam es zu Auseinandersetzungen mit türkischen Sicherheitskräften, bewaffneten Stammesangehörigen der kurdischen Aristokratie und konkurrierenden politischen Gruppen, die gewaltsam gegen die noch junge Bewegung vorgingen.

Am 27. November 1978 gründete sich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in einem kleinen Dorf nahe der Stadt Diyarbakir. An der Gründungsversammlung nahmen zweiundzwanzig führende Mitglieder der Bewegung mit dem Ziel teil, ihr professionellere Strukturen zu geben. In den Städten wäre die noch junge Bewegung untergegangen, weshalb sich die Aktivitäten auf die ländlichen Regionen Kurdistans konzentrierten.

Der türkische Staat reagierte harsch auf die Propagandabemühungen der PKK. Verhaftungen und bewaffnete Auseinandersetzungen waren die Folge, bei denen es auf beiden Seiten zu Verlusten kam. Doch auch in der Türkei spitzte sich die Situation zu. Erste Anzeichen für einen bevorstehenden Militärputsch waren schon 1979 erkennbar. Die PKK reagierte und zog ihre Kräfte zurück. Ein Teil ging in die Berge, ein anderer Teil setzte sich in die Länder des Mittleren Ostens ab. Nur ein kleiner Teil verblieb in der Türkei. Mit diesem Schritt sicherte die PKK ihr Überleben. Am 12. September 1980 putschte das türkische Militär und riss die Macht an sich. Viele der in der Türkei verblieben PKK-Mitglieder gerieten unter der Militärjunta in Gefangenschaft.

In dieser Situation musste sich die PKK entscheiden, ob sie den Weg zu einer Exilorganisation oder zu einer modernen nationalen Befreiungsbewegung einschlägt. Nach einer kurzen Phase der Reorganisation kehrte der Großteil der PKK-Mitglieder wieder nach Kurdistan zurück, um den bewaffneten Widerstandskampf gegen die faschistische Junta aufzunehmen. Mit den Angriffen vom 15. August 1984 auf militärische Einrichtungen in Eruh und Şemdinli wurde die Aufnahme des bewaffneten Widerstandskampfes offiziell proklamiert. Wenn auch mit Fehlern behaftet, wurde dennoch der Schritt zu einer nationalen Befreiungsbewegung vollzogen.

Anfangs versuchte der Staat – Turgut Özal war erst kurz zuvor zum Ministerpräsidenten gewählt worden – den Vorfall herunterzuspielen. In der staatlichen Propaganda wurde die Guerilla als »eine Handvoll von Banditen« bezeichnet, was viel über die Denkweise der Verantwortlichen in Ankara aussagte. Ein politischer Umgang mit dem Konflikt war nicht denkbar. Die Auseinandersetzungen wuchsen sich zum Krieg aus, der auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte.

Erst in den 1990er Jahren kam Bewegung in die festgefahrene Situation, als staatlicherseits eine Bereitschaft zur politischen Lösung erkennbar wurde. Äußerungen von Turgut Özal und Süleyman Demirel, dem damaligen Staatspräsidenten, denen zufolge man sich eine Anerkennung der kurdischen Identität vorstellen könne, weckten Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Konfliktes. Mit ihrem Waffenstillstand von 1993 versuchte die PKK diesen Prozess zu vertiefen. Mit dem plötzlichen Tod von Turgut Özal verlor dieser Prozess einen seiner wichtigsten Protagonisten. Aber auch die Haltung einiger weniger Hardliner in der kurdischen Befreiungsbewegung, die am bewaffneten Kampf festhielten, so wie die komplizierte interne Situation der Führungselite des türkischen Staates, die zerrissen von miteinander konkurrierenden Interessen war, sowie das Verhalten der nordirakischen Kurdenführer Talabani und Barsani trugen nicht zu einer weiteren Vertiefung des eingeschlagenen Friedensprozesses bei. Die bis dahin größte Chance auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage war vertan.

Daraufhin eskalierte der Konflikt. Die Verluste waren auf beiden Seiten hoch. Doch auch der eskalierende Krieg änderte nichts an der Pattsituation. Die Kriegsjahre zwischen 1994 und 1998 waren verlorene Jahre. Trotz mehrerer einseitiger Waffenstillstände der PKK beharrte der türkische Staat auf einer militärischen Lösung – auch der Waffenstillstand von 1998 blieb seitens des Staates unbeantwortet. Vielmehr schürte er eine militärische Konfrontation zwischen der Türkei und Syrien, die beide Länder an den Rand eines Krieges brachte.

1998 ging ich nach Europa, um in meiner Funktion als PKK-Vorsitzender für eine politische Lösung zu werben. Der weitere Verlauf dieser Odyssee ist bekannt. Nachdem ich völkerrechtswidrig aus Kenia in die Türkei verschleppt wurde, unterstützt von einem staatlich gelenkten Bündnis von Geheimdiensten, schien für Außenstehende alles auf eine weitere Eskalation des

Konfliktes hinzudeuten. Doch der Prozess auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali markierte eine politische Kehrtwende im Konflikt, die neue Möglichkeiten für eine politische Lösung bot. Gleichzeitig bedeutete diese Kehrtwende für die PKK eine ideologische und politische Umorientierung, an der ich schon vor meiner Verschleppung gearbeitet hatte. Eine wahrliche ideologische und politische Zäsur. Was waren also die wirklichen Beweggründe?

Zentrale Kritikpunkte

Zweifellos war meine Verschleppung ein herber Schlag für die PKK. Dennoch war sie nicht der Grund für ihre ideologische und politische Zäsur. Die PKK war als Partei konzipiert gewesen, die, wie auch andere Parteien, einen staatsähnlichen hierarchischen Aufbau hatte. Eine derartige Struktur steht jedoch im dialektischen Widerspruch zu Demokratie, Freiheit und Gleichheit; ein prinzipieller Widerspruch, mit dem sich alle Parteien, egal welcher Weltanschauung, konfrontiert sehen. Obwohl die PKK freiheitliche Anschauungen vertrat, hatte sie sich dennoch nicht von einem hierarchischen Denken befreien können.

Ein anderer Hauptwiderspruch war das Streben der PKK nach institutioneller politischer Macht, das die Partei dementsprechend formte und ausrichtete. Eine an institutioneller Macht orientierte Struktur steht jedoch der Demokratisierung der Gesellschaft entgegen, welche sich die PKK auf die Fahnen geschrieben hatte.

Mitglieder einer solchen Partei orientieren sich deshalb weniger an der Gesellschaft als an Autoritäten bzw. streben danach, selbst zu Autoritäten zu werden. Alle drei großen ideologischen Strömungen, die sich emanzipatorische Gesellschaftskonzepte zur Grundlage gemacht hatten, waren mit dem oben genannten Widerspruch konfrontiert.

Sowohl der Realsozialismus als auch die Sozialdemokratie und die nationalen Befreiungsbewegungen, die alle Gesellschaftskonzepte jenseits des Kapitalismus umzusetzen versuchten, konnten sich nicht aus den ideologischen Sachzwängen des kapitalistischen Systems befreien. Sie wurden schon sehr früh zu Stützen des kapitalistischen Systems, indem sie allein nach institutioneller politischer Macht strebten, anstatt sich auf die Demokratisierung der Gesellschaft zu konzentrieren.

Ein weiterer Widerspruch war der Stellenwert des Krieges im ideologischen und politischen Denken der PKK. Das Mittel des Krieges wurde als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln begriffen und somit zu einem strategischen Instrument verklärt. Diese Auffassung stand jedoch im eklatanten Widerspruch zur eigenen Auffassung von einer für gesellschaftliche Befreiung streitenden Bewegung. Demnach ist der Einsatz kriegerischer Mittel allenfalls durch eine notgedrungene Selbstverteidigung gerechtfertigt. Alles darüber Hinausgehende widerspricht dem gesellschaftlich emanzipatorischen Ansatz, dem sich die PKK verpflichtet sieht, da sämtliche Unterdrückerregime in der Geschichte auf Krieg aufbauten bzw. sich ihre Institutionen und Gesellschaften an der Logik des Krieges ausrichteten. So glaubte die PKK, allein mit dem erfolgreichen Einsatz kriegerischer Mittel alle Rechte erstreiten zu können, die dem kurdischen Volk vorenthalten wurden. Eine solche deterministische Auffassung vom Kriege ist weder sozialistisch noch demokratisch, obwohl sich die PKK so verstand. Eine wirklich sozialistische Partei orientiert sich weder an einem staatsähnlichen hierarchischen Aufbau, noch strebt sie nach institutioneller politischer Macht, deren Grundlage die Macht- und Interessensicherung mit kriegerischen Mitteln ist.

Die vermeintliche Niederlage der PKK, die der türkische Staat mit meiner Verschleppung in die Türkei verband, gab den

endgültigen Anlass, sich kritisch und offen mit den genannten Widersprüchen umfassend auseinanderzusetzen, welche letztendlich ein Weiterkommen unserer Freiheitsbewegung verhinderten. Durch die ideologische und politische Veränderung, der sich die PKK unterzog, wurde aus der vermeintlichen Niederlage ein Aufbruch zu neuen Ufern.

10. Neue strategische, philosophische und politische Ansätze

Eine umfassende Darstellung der zentralen strategischen, ideologischen, philosophischen und politischen Elemente, die diesem Wandlungsprozess zugrunde liegen, ist in diesem Rahmen nur schwer möglich. Dennoch lassen sie sich unter den folgenden Eckpunkten zusammenfassen:

- Die philosophischen, politischen und ethischen Ansätze, an denen sich die neu ausgerichtete PKK orientiert, finden im Begriff ›demokratischer Sozialismus‹ ihren adäquaten Ausdruck.
- Die PKK leitet aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht die Gründung eines eigenen kurdischen Nationalstaates ab, sondern sieht in diesem Recht die Grundlage für die Errichtung von Basisdemokratien, ohne neue politische Grenzen anzustreben. Es ist die Aufgabe der PKK, die Gesellschaft Kurdistans von dieser Auffassung zu überzeugen. Gleiches gilt für jeglichen Dialog mit den Hegemonialstaaten, die in Kurdistan die Macht ausüben, auf dessen Grundlage die Lösung bestehender Fragen erreicht werden soll.
- Die bestehenden Staaten bedürfen realer demokratischer Reformen, die über reine Lippenbekenntnisse zur Demokratie hinausgehen. Eine umgehende Abschaffung des Staates anzustreben ist unrealistisch, was jedoch nicht bedeutet, seine jetzige Form hinzunehmen. Der klassische Staat mit seinem despotischen Machtgebaren ist inakzeptabel. Die Institution

des Staates ist einem demokratischen Wandel zu unterziehen, an dessen Ende ein schlanker Staat als politische Institution steht, die lediglich Aufgaben zum Schutze der inneren und äußeren Sicherheit und zur Versorgung sozialer Sicherungssysteme wahrnimmt. Ein solches Staatsverständnis hat nichts mehr mit dem autoritären Charakter des klassischen Staates gemein, sondern entspräche dem Charakter einer gesellschaftlichen Autorität.

- Die kurdische Befreiungsbewegung strebt in Kurdistan ein System der demokratischen Selbstorganisierung der Gesellschaft mit konföderalem Charakter an. Den demokratischen Konföderalismus können wir als Koordinationsmodell einer nichtstaatlichen demokratischen Nation definieren, in dessen Rahmen sich u. a. Minderheiten, Religionsgemeinschaften, kulturelle Gruppen und geschlechtsspezifische Gruppierungen bzw. anderweitige gesellschaftliche Gruppen autonom organisieren. Dieses Modell kann auch als Organisationsform demokratischer Nationen und Kulturen betrachtet werden. Der Demokratisierungsprozess in Kurdistan beschränkt sich nicht allein auf formale Fragen, sondern ist vielmehr ein breit gefächertes gesellschaftliches Projekt, das die wirtschaftliche, soziale und politische Souveränität aller gesellschaftlichen Schichten anstrebt, den Aufbau der hierfür erforderlichen Organe und Institutionen fördert und die Schaffung von Instrumenten für eine demokratische Selbstverwaltung und Kontrolle forciert. Dieser permanente Prozess ist langfristiger Natur. Wahlen sind in diesem Zusammenhang nicht das alleinige Mittel. Vielmehr bedarf dieser dynamische politische Prozess der direkten Intervention des Souveräns, d. h. des Volks. Das Volk muss direkt in die Institutionalisierung, Regierung und Überwachung der eigenen ökonomischen, sozialen und politischen Formationen einbezogen sein. Dieses Projekt baut auf der kommunalen Selbstverwaltung auf, die sich in Form von Bürgerversamm-

lungen, Kommunen, Gemeinden, Kommunalparlamenten und Volkskongressen organisiert. Nicht staatliche Behörden sind der Träger dieser Selbstverwaltung, sondern die Bürger selbst. Den Perspektiven der föderalen Selbstverwaltung sind keine Grenzen gesetzt. Sie kann über die Grenzen hinweg fortgesetzt werden, um multinationale demokratische Strukturen zu schaffen. Der demokratische Konföderalismus bevorzugt flache Hierarchien, in denen Entscheidungsprozesse und Beschlussfassung aufseiten der Gemeinschaft liegen.

- Das hier beschriebene Modell lässt sich auch als demokratische Selbstverwaltung des Volkes in Kurdistan umschreiben, wobei der Staat als allgemeine öffentliche Autorität nur noch begrenzte Hoheitsrechte ausübt. In einem solchen Modell werden grundlegende Werte wie Freiheit und Gleichheit adäquater als in anderen Verwaltungsmodellen umsetzbar sein. Die Anwendung dieses Modells muss nicht nur auf die Türkei begrenzt bleiben, sondern ist auch auf die anderen Teile Kurdistans und die Staaten der dortigen Hegemonialmächte anwendbar. Gleichzeitig ist dieses Modell geeignet, um föderale Verwaltungsstrukturen für die gesamten kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien, in der Türkei, im Iran und Irak aufzubauen. Somit ist es möglich, konföderale Strukturen zwischen allen Landesteilen Kurdistans aufzubauen, ohne bestehende Grenzen infrage zu stellen bzw. aufzuheben.
- Der Niedergang des Realsozialismus lag auch in dem Machtverständnis der betreffenden Staaten und in ihrem Verhältnis zum Einsatz kriegerischer Mittel sowie in der verkannten gesamtgesellschaftlichen Rolle der Frauenfrage begründet. Insbesondere Frauen und Macht sind einander sehr widersprüchliche Kategorien. Im real existierenden Sozialismus galt die Frauenfrage als eine eher untergeordnete Problematik, die durch die Lösung von ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen gelöst werden sollte. Frauen sind

jedoch eher als unterdrückte Klasse und Nation respektive unterdrücktes Geschlecht zu begreifen. Solange die Freiheit und Gleichstellung der Frau nicht im historischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet wird, d. h. solange keine entsprechende Theorie entworfen wird, so lange lässt sich keine adäquate Praxis umsetzen. Somit muss die Befreiung der Frau eine zentrale strategische Rolle im Kampf für Demokratie in Kurdistan einnehmen.

- Die Demokratisierung der Politik ist eine der dringlichsten Aufgaben, die heute vor uns liegen. Für eine demokratische Politik bedarf es jedoch demokratischer Parteien. Solange es keine Parteien und parteinahe Institutionen gibt, die gesellschaftlichen Interessen verpflichtet sind, statt sich zum Erfüllungsgehilfen des Staates zu machen, wird eine Demokratisierung des politischen Lebens nur schwer möglich sein. In der Türkei sind die Parteien jedoch nichts anderes als Propagandainstrument des Staates und Nutznießer staatlicher Alimentierungen. Ihre Transformation zu Parteien, die sich ausschließlich gesellschaftlichen Interessen verpflichtet sehen, und die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen, um dies zu fördern, wäre ein wichtiger Bestandteil einer politischen Reform. Gründungen von Parteien, die den Begriff Kurdistan in ihren Namen tragen, sind immer noch ein strafbarer Akt. Vom Staat unabhängige Parteien werden in vielerlei Hinsicht in ihrer Arbeit behindert. Kurdistanbezogene Parteien und Koalitionen sind der Demokratisierung dienlich, solange sie nicht dem Separatismus das Wort reden oder Gewalt anwenden.
- Das weitverbreitete individuelle und institutionelle Untertanentum, welches eines der größten Hindernisse für die Demokratisierung darstellt, wird nur mit der Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in allen Teilen der Gesellschaft überwunden werden können. Die Bereitschaft zum aktiven

Engagement der Bürger ist strukturell zu fördern. Das bedeutet für die Kurden, eigene demokratische Strukturen in allen Landesteilen Kurdistans aufzubauen bzw. dort, wo kurdische Communities leben, welche die aktive Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Geschehen fördern. Dabei müssen auch die in Kurdistan lebenden Minderheiten einbezogen werden. Die Entwicklung basisdemokratischer Strukturen und eines basisdemokratischen Aktionsverständnisses hat dabei oberste Priorität. Die Verbindlichkeit basisdemokratischer Strukturen hat auch unter Bedingungen zu gelten, die rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zuwiderlaufen, wie dies im gesamten Mittleren Osten der Fall ist.

- Die Politik bedarf der Existenz unabhängiger Medien. Ohne unabhängige Medien wird der Staat keine Sensibilisierung in Fragen der Demokratie entwickeln. Auch die Demokratisierung der Politik wird ohne sie nicht umsetzbar sein. Die Medien sollten in Kurdistan nicht allein im Rahmen individueller, sondern kollektiver Rechte geregelt werden. Eine sprachliche Diskriminierung darf nicht stattfinden.
- Feudale Institutionen wie Stammeswesen, Scheichtum, Aghatum und Sektentum – Relikte des Mittelalters – stellen wie die Institutionen des klassischen Nationalstaates Hindernisse für die Demokratie dar, weshalb sie mit angemessenen Methoden zu einem demokratischen Wandel bewegt werden müssen. Die Überwindung dieser parasitären Institutionen besitzt Priorität.
- Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht muss respektiert werden. Selbst wenn dieser nicht vom Staat gefördert wird, dürfen die zivilgesellschaftlichen Bemühungen zum Aufbau von Bildungsinstitutionen zwecks Pflege der kurdischen Sprache und Kultur nicht behindert werden. Die Gesundheitsversorgung als öffentliche Aufgabe muss sowohl staatlicherseits als auch zivilgesellschaftlicherseits gewährleistet werden kön-

nen.

- Eine ökologische Gesellschaft ist im Kern eine sozialistische Gesellschaft. Nur mit dem Übergang von einer entfremdeten, auf Gewaltherrschaft basierenden Klassengesellschaft zu einer sozialistischen Gesellschaft wird die Errichtung eines ökologischen Gleichgewichtes in Natur und Gesellschaft gelingen. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass in einem kapitalistischen System die Umwelt bewahrt werden kann, da dieses System selbst das ökologische Gleichgewicht in bisher ungekanntem Maße zerstört. Der Kampf für die Umwelt muss deshalb einen breiten Raum im Kampf für gesellschaftlichen Wandel einnehmen.
- Die Lösung der kurdischen Frage wird im Rahmen einer Demokratisierung der Hegemonialstaaten stattfinden, die in den verschiedenen Teilen Kurdistans Herrschaft ausüben. Dieser Prozess erstreckt sich über die diese Länder hinaus auf den gesamten Mittleren Osten. Die Freiheit Kurdistans ist mit der Demokratisierung des Mittleren Ostens verknüpft. Ein freies Kurdistan ist nur als demokratisches Kurdistan denkbar.
- Die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit des Individuums ist unantastbar. Kein Land, kein Staat und keine Gesellschaft sind zur Beschneidung dieses Rechts berechtigt, egal welche Gründe hierfür angeführt werden. Denn ohne individuelle Freiheit wird es keine gesellschaftliche Freiheit geben, wie auch die individuelle Freiheit ohne gesellschaftliche Freiheit nicht möglich ist.
- Die gerechte Umverteilung der wirtschaftlichen Reichtümer, die sich derzeit im Besitz des Staates befinden, ist für den Befreiungsprozess der Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Die wirtschaftliche Versorgung darf nicht von Staats wegen als Druckmittel gegen die Gesellschaft eingesetzt werden. Nicht dem Staat gehören die wirtschaftlichen Reichtümer, sondern der Gesellschaft.

Eine volksnahe Wirtschaft sollte deshalb auf Umverteilung und Nutzorientierung beruhen, statt sich ausschließlich an der Anhäufung und am Raub von Mehrwert und Mehrprodukt zu orientieren. Die hiesigen Wirtschaftsstrukturen schaden nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Natur. Einer der Hauptgründe für den gesellschaftlichen Verfall sind die Auswirkungen der globalen Finanzwirtschaft. Die künstliche Erzeugung von Bedürfnissen, die immer abenteuerlichere Suche nach neuen Absatzmärkten und die maßlose Gier nach immer gigantischeren Gewinnen lässt die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wachsen und das Heer derer größer werden, die an der Armutsgrenze leben bzw. vor Hunger sterben. Eine solche Wirtschaftspolitik ist für die Menschheit nicht mehr tragbar. Hier kommt dem Sozialismus seine eigentliche Rolle zu: ein schrittweiser Übergang von einer warenorientierten Gesellschaft zu einer Gesellschaft, die für den Gebrauchswert produziert; von einer profitorientierten Produktion zu einer Produktion, die auf Teilen beruht. Das ist die Wirtschaftspolitik des Sozialismus.

- Obwohl in Kurdistan der Institution der Familie ein hoher Wert beigemessen wird, ist diese ein Hort von Unfreiheit. Fehlende finanzielle Möglichkeiten, eine geringe Bildung und mangelhafte Gesundheitsversorgung lassen nur wenig Entwicklungsmöglichkeiten zu. Die Lage der Frauen und Kinder ist katastrophal. Das Phänomen der sogenannten »Ehrenmorde« ist die symbolische Rache für das, was in der Gesellschaft im Allgemeinen passiert. Die Frau muss den Preis für die Vernichtung der Ehre der Gesellschaft zahlen. Der Bankrott der Männlichkeit wird an den Frauen ausgelassen. Die Familie befindet sich als gesellschaftliche Institution in der Krise. Eine Lösung ist allenfalls im Rahmen einer gesellschaftlichen Demokratisierung denkbar.

11. Aktuelle Situation und Lösungsvorschläge

Den türkisch-kurdischen Beziehungen in der Türkei kommt in Hinblick einer Lösung der kurdischen Frage eine Schlüsselrolle zu. Die Kurden im Irak, im Iran und in Syrien können alleine keine Gesamtlösung für die kurdische Frage hervorbringen. Die Kurden im Irak sind hierfür ein gutes Beispiel. Die halbstaatliche kurdische Autonomie im Irak ist ein indirektes Ergebnis der weltweiten Bemühungen der türkischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Verbündeten, die PKK als ein »terroristische Organisation« zu brandmarken. Ohne die Zustimmung der türkischen Republik wäre eine solche »Lösung« nicht möglich gewesen. Es liegt auf der Hand, dass damit ein Chaos mit unabsehbarem Ausgang geschaffen wurde. Auch ist nicht absehbar, wohin sich die feudal-bürgerlich ausgerichtete kurdische Autonomiebehörde im Irak langfristig entwickeln wird und welche Auswirkungen das auf den Iran, auf Syrien und auf die Türkei haben wird. Dabei besteht die Gefahr einer regionalen Ausweitung des Konflikts, dessen Konstellationen der des palästinensisch-israelischen Konfliktes nahekommen könnten. Ein Aufflammen des kurdischen Nationalismus würde den persischen, arabischen und türkischen Nationalismus noch weiter radikalisieren, was eine Lösung der Probleme weiter erschwert.

Dem muss ein Lösungsmodell gegenübergestellt werden, das frei von nationalistischen Begehren ist und die bestehenden Landesgrenzen anerkennt. Im Gegenzug wird der Status der Kurden in den Verfassungen der jeweiligen Länder gesetz-

lich geregelt, wodurch ihre kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte garantiert werden. Ein solches Lösungsmodell entspräche am ehesten den historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Region.

So gesehen ist ein Frieden mit den Kurden unausweichlich. Es ist undenkbar, dass der derzeitige Krieg oder zukünftige Kriege etwas anderes als Pyrrhussiege hervorbringen können. Daher muss dieser Krieg beendet werden. Er dauert schon zu lange an. Es liegt im Interesse aller Staaten der Region, dem Vorbild vieler zeitgenössischer Staaten zu folgen und entsprechende Schritte einzuleiten.

Die Kurden fordern lediglich Respekt vor ihrer Existenz, Freiheit für ihre Kultur und ein vollständig demokratisches System. Eine humanere und bescheidenere Lösung ist nicht denkbar. Die Lösungsmodelle in Südafrika, England-Wales, Nordirland, Schottland und Korsika zeigen nicht nur, wie verschiedene moderne Staaten ähnliche Probleme in ihrer Geschichte gehandhabt und gelöst haben. Darüber hinaus helfen uns Vergleiche mit den dortigen Erfahrungen, die eigenen Probleme objektiver zu betrachten.

Die Abkehr von der Gewalt als Mittel zur Lösung der kurdischen Frage und die teilweise Überwindung der repressiven Politik der Verleugnung hängen eng mit der Aufrechterhaltung einer demokratischen Option zusammen. Das Lehr- und Sendeverbot für die kurdische Sprache und Kultur ist selbst eine Form von Terror und lädt gewissermaßen zur Gegengewalt ein. Gewalt ist von beiden Seiten unkontrolliert und in einem Maße angewandt worden, das die legitime Selbstverteidigung bei Weitem übersteigt.

Viele Bewegungen greifen heute zu noch extremeren Methoden. Wir hingegen haben mehrfach einseitige Waffenstillstände ausgerufen und den Großteil unserer Kräfte für mehrere Jahre auf Territorien außerhalb der Türkei zurück-

gezogen, wo sie defensiv ausgerichtet stationiert wurden, was den Vorwurf des Terrorismus widerlegt. Unsere langjährigen Friedensbemühungen wurden jedoch stets ignoriert. Keine unserer Initiativen fand Widerhall. Selbst eine Gruppe von kurdischen Politikern, die wir als Botschafter des Friedens entsandt hatten, wurde verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Unsere Friedensbemühungen wurden uns stets – fälschlicherweise – als Schwäche ausgelegt. Anders sind Aussagen wie die, dass die PKK und Öcalan »so gut wie am Ende« oder solche Initiativen »nur taktischer Natur« seien, nicht zu erklären. Es bräuchte nur noch ein härteres Vorgehen gegen die PKK, so der Tenor dieser Aussagen, dann werde sie zerfallen. Dementsprechend wurde vorgegangen, die Angriffe auf die kurdische Befreiungsbewegung wurden verstärkt. Niemand fragt sich jedoch, warum der gewünschte Erfolg ausbleibt. Denn es ist nicht möglich, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen.

Die oben beschriebe Haltung hatte auch großen Anteil am Scheitern des Waffenstillstands, der am 1. Oktober 2006 in Kraft trat. Auch dieser Waffenstillstand, zu dem ich die PKK aufrief, nachdem Intellektuelle und einige Nichtregierungsorganisationen ihn eingefordert hatten, wurde nicht ernst genommen. Stattdessen wurden weiter Rassismus und Chauvinismus in der Gesellschaft geschürt und ein Klima der Konfrontation erzeugt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die AKP von ihren eigenen Problemen mit der kemalistischen Machtelite abzulenken versucht, indem sie mit der Armee Kompromisse schließt und auf eine Verschärfung des türkisch-kurdischen Konflikts spekuliert. Die Regierung beschränkt sich derzeit auf halbherzige Maßnahmen, um der EU Zugeständnisse abzuringen. Mit den im Zuge des EU-Beitrittsprozesses verabschiedeten Harmonisierungsgesetzen soll Zeit gewonnen werden. In der Praxis bleiben die vermeintlichen Reformen reine Makulatur.

Der sich weiter verschärfende Konflikt gibt Anlass zur Sorge. Dennoch habe ich die Hoffnung auf einen gerechten Frieden nicht verloren. Ein Friedensprozess ist jederzeit möglich.

Die Lösung, die ich der Gesellschaft der Türkei anbiete, ist einfach. Wir fordern eine demokratische Nation. Wir haben nichts gegen den unitären Staat und die Republik. Wir akzeptieren die Republik, ihre unitäre Staatsstruktur und den Laizismus. Aber wir glauben, dass als demokratischer Staat neu definiert werden muss, so dass die Völker, Kulturen und bürgerlichen Rechte geachtet werden. Auf Grundlage dieser Rechte muss den Kurden eine demokratische Organisierung möglich sein, die den Raum für kulturelle, sprachliche, wirtschaftliche und ökologische Entfaltung bietet. Auf dieser Basis bilden Kurden, Türken und andere Kulturen gemeinsam die ›Demokratische Nation Türkei‹. Dies ist jedoch nur möglich, wenn ihr ein demokratischer Nationenbegriff, eine demokratische Verfassung und eine fortschrittliche, multikulturelle Rechtsordnung zugrunde liegt.

Unsere Idee einer demokratischen Nation ist keine Frage von Flaggen und Grenzen. Unsere Idee einer demokratischen Nation beinhaltet das Modell einer Nation, die auf der Demokratie aufbaut, statt einer Nation, die sich über den Staat definiert. Gemeint ist damit ein Nationenmodell, das nicht auf einem türkisch-ethnischen Bezug, auch nicht auf Religion oder Rasse, sondern auf den Menschenrechten beruht. Wir gehen vom Begriff einer demokratischen Nation aus, der alle Ethnien und Kulturen gemeinsam umfasst.

Vor diesem Hintergrund formuliere ich nochmals die Eckpunkte einer Lösung:

- Die kurdische Frage muss als grundlegende Frage der Demokratisierung behandelt werden, die kurdische

Identität muss gesetzlich und verfassungsmäßig garantiert werden. Ein Artikel in der neuen Verfassung mit dem Wortlaut »Die Verfassung der Republik Türkei erkennt die Existenz und den Ausdruck aller Kulturen auf demokratische Weise an« würde diese Forderung bereits erfüllen.

- Sprachliche und kulturelle Rechte müssen gesetzlichen Schutz erhalten. Es darf keine Beschränkungen für Radio, Fernsehen und Presse geben. Kurdische und anderssprachige Sendungen sollten denselben Regeln und Institutionen unterliegen wie türkische Radio- und Fernsehsendungen. Auch für kulturelle Aktivitäten müssen die gleichen Gesetze und Prozeduren gelten.
- Kurdisch sollte als Unterrichtsprache in Grundschulen Verwendung finden. Alle, die dies möchten, sollten ihre Kinder auf solchen Schulen einschulen können. Auf Gymnasien sollten Unterrichtseinheiten über kurdische Kultur, Sprache und Literatur als Wahlfach angeboten werden. An Universitäten hingegen muss der Aufbau von Instituten für kurdische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte gestattet werden.
- Die Meinungs- und Organisationsfreiheit darf in keiner Form eingeschränkt werden. Eine freie politische Betätigung muss gewährleistet sein und darf nicht staatlicher Reglementierung unterliegen. Auch bei Themen, die die kurdische Frage berühren, müssen diese Freiheiten ohne Einschränkungen gelten.
- Die Parteien- und Wahlgesetze müssen einer demokratischen Reform unterzogen werden. Die Gesetze müssen die Partizipation des kurdischen Volks und aller demokratischen Kräfte an der demokratischen Willensbildung gewährleisten sein.
- Ein demokratisches Kommunalverwaltungsgesetz, das die Demokratie stärkt muss verabschiedet werden.

- Das Dorfschützersystem und die illegalen Netzwerke, die sich im Staat gebildet haben, müssen aufgelöst werden.
- Die Rückkehr der im Krieg gewaltsam vertriebenen Bevölkerung darf nicht behindert werden. Hierfür sind die notwendigen administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zu treffen. Daneben muss ein Aufbauprogramm für die wirtschaftliche Entwicklung auf den Weg gebracht werden, um der kurdischen Bevölkerung ein Auskommen zu sichern und ihren Lebensstandard zu verbessern.
- Ein Gesetz für den gesellschaftlichen Frieden und für eine demokratische Partizipation sollte verabschiedet werden. Dieses Gesetz sollte den Mitgliedern der Guerilla, den Inhaftierten und allen, die ins Exil gehen mussten, ohne Vorbedingungen die Teilnahme am demokratischen, politischen Leben ermöglichen.

Darüber hinaus müssen wir über sofortige Maßnahmen zum Erreichen einer Lösung sprechen. Ein demokratischer Aktionsplan muss formuliert und auf den Weg gebracht werden. Die Einrichtung von Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen ist für den gesellschaftlichen Ausgleich von zentraler Bedeutung. Die Fehler beider Seiten müssen offengelegt und die Wahrheit herausgefunden werden. Nur so lässt sich eine gesellschaftliche Verständigung erreichen.

In Momenten, wo Staaten und Organisationen nicht weiterkommen, können Intellektuelle eine Mittlerrolle übernehmen. Vergleichbare Erfahrungen gibt es auch in anderen Ländern wie in Südafrika, Nordirland und Sierra Leone. Sie können eine Schiedsfunktion übernehmen, mit deren Hilfe sich beide Seiten zu einem gerechten Frieden bewegen lassen. In solchen Kommissionen können Intellektuelle, Experten von Anwalts- und Ärztekammern und Wissenschaftler vertreten sein. Wenn

wir eines Tages zum Punkt der Waffenniederlegung gelangen, werden wir die Waffen nur einer solchen Kommission übergeben. Voraussetzung ist jedoch, dass eine solche Kommission für Gerechtigkeit sorgt.

Denn warum sollten wir die Waffen abgeben, wenn es keine Gerechtigkeit gibt? Der Beginn eines solchen Prozesses hängt auch vom guten Willen und vom Dialog ab. Sollte es einen Dialog geben, können wir einen Prozess einleiten, der dem vorherigen unbefristeten Waffenstillstand ähnlich ist.

Ich bin bereit, alles zu tun was mir möglich ist. Die Regierung steht dagegen vor der Aufgabe, ihren Willen zum Frieden unter Beweis zu stellen und die Initiative zu ergreifen. Sollte sie nicht das Ihrige tun, wird sie allein für die Konsequenzen verantwortlich zu machen sein.

Sollten unsere Bemühungen um eine friedliche Lösung scheitern und die Friedensbemühungen der Tagespolitik, den Machtkämpfen und dem Profitstreben geopfert werden, wird sich der jetzige Konflikt mit unvorhersehbarem Ausgang weiter verschärfen. In dem daraus erwachsenden Chaos wird es keine Gewinner geben.

Die Türkei muss endlich die Fähigkeit aufbringen, ihre eigene Realität, die kurdische Realität und die globalen Dynamiken anzuerkennen. Jeder Staat, der sich der Realität verweigert, wird unweigerlich in eine existenzielle Krise geraten. Entscheidend wird sein, die Schritte zu gehen, die dieses Land erfolgreich zu einem dauerhaften Frieden führen.

Abdullah Öcalan
Einpersonengefängnis Imrali

Diese Broschüre wurde 2008 aus verschiedenen Gefängnisschriften Öcalans zusammengestellt. Der Autor sitzt seit 1999 in Isolationshaft auf einer Insel vor der Küste Istanbuls.

Über den Autor

Abdullah Öcalan, geboren 1949, studierte politische Wissenschaften in Ankara. Er initiierte 1978 die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und führte als ihr Vorsitzender bis zu seiner Verschleppung im Februar 1999 den kurdischen Befreiungskampf aktiv an.

Neben zahlreichen Arbeiten über die Kultur und die Lage seines Volkes beschäftigte er sich in vielen Vorträgen und Büchern mit Themen aus den Bereichen Philosophie, Religion, Geschlechterfragen und Umweltproblematik und setzte sich immer wieder für ein friedliches Zusammenleben aller Völker im Mittleren Osten ein.

Seit seiner völkerrechtswidrigen Entführung aus Kenia am 15. Februar 1999 befindet er sich in einem Gefängnis auf der türkischen Insel İmralı im Marmarameer, mehr als zehn Jahre davon als einziger Gefangener. Am 29. Juni 1999 wurde er vom türkischen Staatssicherheitsgerichtshof zum Tode verurteilt. Inzwischen wurde die Todesstrafe in der Türkei abgeschafft und das Urteil gegen Abdullah Öcalan in eine verschärfte lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt. Trotz der unmenschlichen Isolationshaft setzt er sich auch aus der Haft heraus im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ein. Er gilt weiterhin als führender Stratege und einer der wichtigsten politischen Repräsentanten des kurdischen Volkes.

In Isolationshaft auf der Insel İmralı verfasste Öcalan mehr als zehn Bücher, welche die kurdische Politik revolutionierten. Mehrfach initiierte er einseitige Waffenstillstände der Guerilla und lieferte konstruktive Vorschläge für eine politische Lösung der kurdischen Frage. Seine Konzepte wie der »demokratische Konföderalismus« sind eine wesentliche Inspiration für das revolutionär-demokratische Projekt in Nordsyrien.

Ein »Friedensprozess« begann 2009, als der türkische Staat auf Öcalans Aufrufe, die kurdische Frage politisch zu lösen, reagierte. Die Regierung brach den Dialog mit Öcalan und der PKK Mitte 2015 ab und setzt seither wieder auf eine militärische Vernichtungspolitik.

Seit dem 27. Juli 2011 wird Öcalan und seinen Mitgefangenen der Zugang zu Anwältinnen und Anwälten verwehrt. Seit April 2015 ist die Gefängnisinsel İmralı vollständig von der Außenwelt isoliert. Keinerlei Besuch ist möglich, es gibt keine Kommunikation mit den Gefangenen.

Die weltweite Kampagne für seine Freiheit hat bereits mehr als zehn Millionen Unterschriften gesammelt.

Abdullah Öcalans Gefängnisschriften

Deutsche Ausgaben
Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik (2000)
Gilgameschs Erben – Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation, Band 1 (2003, 2018)
Gilgameschs Erben – Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation, Band 2 (2003, 2018)
Plädoyer für den freien Menschen (2005)
Urfa – Segen und Fluch einer Stadt (2008)
Jenseits von Staat, Macht und Gewalt (2010)
Die Roadmap für Verhandlungen (2013)
Manifest der demokratischen Zivilisation
Band I: Zivilisation und Wahrheit (2017)

Noch nicht auf Deutsch erschienen
Manifest der demokratischen Zivilisation
Band II: Kapitalistische Zivilisation (erscheint 2019)
Band III: *Özgürlük Sosyolojisi*
Band IV: *Ortadoğu'da Uygarlık Krizi ve Demokratik Uygarlık Çözümü*
Band V: *Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü*

Broschüren mit Auszügen aus den Gefängnisschriften
Krieg und Frieden in Kurdistan (2008)
Demokratischer Konföderalismus (2012)
Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau (2014)
Demokratische Nation (2018)

Mehr Informationen zu Büchern und Broschüren finden sie im Internet unter http://ocalanbooks.com/#/deutsch

Über die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan–Frieden in Kurdistan«

Am 15. Februar 1999 geriet der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, in einer Nacht- und Nebelaktion, unterstützt von einem staatlich gelenkten Bündnis von Geheimdiensten, in die Hände der türkischen Republik.

Empört über die Ungeheuerlichkeit dieses völkerrechtswidrigen Vorgehens, gründeten verschiedene Intellektuelle und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Initiative zur Freilassung von Abdullah Öcalan. Mit der Eröffnung eines zentralen Koordinationsbüros im März 1999 nahm diese unter dem Namen Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan–Frieden in Kurdistan« ihre Arbeit auf.

Die Internationale Initiative begreift sich als eine multinationale Friedensinitiative, die sich für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzt. Auch nach vielen Jahren im Gefängnis gilt Abdullah Öcalan für den Großteil der kurdischen Bevölkerung als unumstrittene Führungspersönlichkeit. So erscheint die Annahme realistisch, dass die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei eng mit seinem weiteren Schicksal verbunden sein wird. Viele Kurdinnen und Kurden sehen in ihm den Garanten für einen Friedens- und Demokratisierungsprozess. Dies setzt zunehmend seine Freilassung auf die Agenda. Durch Kampagnen und eine kontinuierliche Lobby- und dezidierte Öffentlichkeitsarbeit versucht die Internationale Initiative, einen Beitrag dazu zu leisten.

In der »International Initiative Edition« publiziert sie Öcalans Gefängnisschriften in zahlreichen Sprachen und hofft, so zu einem besseren Verständnis der Ursachen des Konflikts und möglicher Lösungen beizutragen. Seit 2012 hat sie mit dem »Network for an Alternative Quest« mehrere internationale Konferenzen organisiert.

Free Öcalan

Ազատություն Էօճալանի Свобода Оджалану
Öcalan askatu آزادی برای اوجالان Libertà per Öcalan
厄賈蘭的自由 Libérez Öcalan ओजलन के लिए आजादी
Frankiz evit Ocalan თავისუფლება ოჯალანს
Libertate lui Ocalan ئازادی بۆ ئۆجەلان
לשחרור את אודשלאן Freiheit für Öcalan
Vapautta Öcalanille Ocalani oxuşk'vit
Khululanu u Ocalan ܚܐܪܘܬܐ ܩܐ ܐܘܓܠܢ
Vrijheid voor Öcalan Frihet för Öcalan
Libertad para Öcalan Öcalan'a Özgürlük
Scaoileadh saor Öcalan الحرية لاوجلان
Liberdade para Öcalan Llibertat per a Ocalan
¡Kachariychik Ocalanta! ओजलन ला मुक्त द्या
Ελευθερία στον Οτσαλάν
オジャランに自由を

Azadî ji bo Öcalan







Herausgeberin:
Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
7. vollständig überarbeitete Auflage 2018